Krise der Parteien - oder Krise des Staates?

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **2 (1982)**

Heft 4

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652097

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Krise der Parteien – oder Krise des Staates?

In den kapitalistischen Ländern mit demokratischem Regime *bestand die Rolle der Parteien, die sich gemeinsam oder in wechselnden Koalitionen in die Ausübung der politischen Macht teilten, traditionellerweise darin, divergierende gesellschaftliche Interessen zu artikulieren und diese auf einen gemeinsamen politischen Nenner zu bringen, der die Grundlage für ein möglichst repräsentatives 'Gleichgewicht des Kompromisses' zwischen den antagonistischen Klassenkräften abgeben sollte.*

Die Stabilität dieses Klassenkompromisses, *der durch die Übernahme keynesianisch inspirierter Wirtschaftspolitiken ökonomisch abgesichert worden war, ist seit Mitte der 60er Jahre, als die Profitraten in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern zu sinken begannen, zunehmend in Frage gestellt. Zum einen ist mit der gleichzeitigen Zunahme von Arbeitslosigkeit und Inflation, die bei weitgehend stagnierender Produktivität einen nach wie vor ungebrochenen Aufwärtstrend aufweisen, die Perspektive einer* neuen Klassenkampfkonjunktur *auch in den sog. spätkapitalistischen Gesellschaften wieder in den Vordergrund getreten.*

Zum anderen manifestieren die neuen sozialen Bewegungen, *die auf die gundlegenden strukturellen Veränderungen dieser Gesellschaften und ihrer Kultur des Politischen reagieren, unverhüllt und nicht ohne Rationalität die Krise von* Repräsentation *und* Konsens. *Sie beginnen die Protestinhalte, die weite Teile der Bevölkerung zu ihrem Staat auf Distanz gehen lassen, aufzunehmen und politikfähig zu machen, d.h. sie in* basisdemokratische Formen *der politischen Aktion und Kultur zu transformieren.*

Weder gelingt es diesen neuen Formen der Artikulation eines Protestes, der durch die Parteien nicht mehr absorbiert werden kann, eine politische Organisation *zur Verteidigung und Durchsetzung von Klasseninteressen zu ersetzen, noch kann eine solche Organisation zum aktuellen Zeitpunkt auf Formen der Basismobilisierung zugunsten der eingespielten Form korporatistischer Interessenvermittlung verzichten.*

Ausgehend von diesem politischen Hintergrund gewinnt der Beitrag von Nicos Poulantzas *einen aktuellen Stellenwert. Seine Aufmerksamkeit gilt der Analyse der gegenwärtigen* institutionellen *Veränderungen des kapitalistischen Staates und deren Auswirkungen auf die politischen Parteien in ihrer Herstellung von 'sozialem Konsens'. Diese Rolle wird schrittweise durch einen technokratisch zunehmend perfektionierten Verwaltungsapparat usurpiert; die sogenannten Repräsentanten der politischen Parteien verselbständigen sich von ihrer Basis und werden als loyale Staatsklientele vereinnahmt. Die institutionalisierten Legitimationsprozeduren beginnen sich ihrer Kontrolle zugunsten der Verwaltung zu entziehen. Die sogenannten Volks- und Massenparteien drohen ihre Legitimationsgrundlagen zu verlieren.*
Durch die wachsende Einflussnahme und Kontrolle über die meinungsbilden-

den Informationsorgane eröffnen sich dem Staat zudem effizientere Kanäle, die Öffentlichkeit in seinem Interesse zu manipulieren und gegen die inneren und äusseren ‚Feinde der Nation' moralisch aufzurüsten. Damit einher gehen vergebliche Reformbestrebungen, die auf der verfassungsrechtlichen Ebene die Legitimationsgrundlagen staatlicher Gewaltausweitung der konzentrierten Wirtschaftsmacht, d.h. den Restrukturierungsplänen des multinationalen Kapitals, anpassen sollen. Um so notwendiger erscheinen der Ausbau des Justiz- und Polizeiapparates sowie die militär- bzw. rüstungspolitische Verstärkung der Staatssicherheit als Legitimationszwänge des kapitalistischen Staates. In diesen mehr oder weniger weit fortgeschrittenen Tendenzen innerhalb des staatlichen Machtapparates sieht Poulantzas die zentralen Merkmale eines autoritären Etatismus *neuen Typs. Wie C. Buci-Glucksmann und G. Therborn (Der sozialdemokratische Staat. Die ‚Keynesianisierung' der Gesellschaft, 1982) im Anschluss an die letzten Arbeiten von Poulantzas feststellen, kann der autoritäre Etatismus durchaus zusammen mit Formen einer parlamentarischen Demokratie existieren, wenn die repräsentativen Formen von ihrem Volks- und Klasseninhalt gereinigt werden. Die Entparlamentarisierung der wichtigsten politischen und ökonomischen Entscheidungen verweist u.a. auf die autoritäre Matrix dieser neuen* staatlichen Form, *derentsprechend die ‚begrenzte Demokratie' funktioniert.*

Kam in der klassischen Vorstellung der repräsentativen Demokratie den Parteien die Rolle eines Bindeglieds zwischen der (politischen) Gesellschaft und dem Staat zu, wird diese Verbindung im Rahmen des neuen autoritären Etatismus kurzgeschlossen und durch plesbiszitär-populistische Formen der Scheinlegitimität ersetzt.

Besondere Bedeutung ist in diesem Zusammenhang hierzulande der Tatsache zuzumessen, dass die Offensive im ideologischen Klassenkampf, *die seit einiger Zeit von seiten der bürgerlichen Rechten massiv betrieben wird, in erster Linie der folgenreichen Verschleierung der schleichenden Wandlungstendenzen eines in seinen institutionellen* Apparaten *gestärkten und in seinen demokratischen Legitimationsgrundlagen geschwächten Staates dient. So gelingt es der* herrschenden Ideologie, *sich das weitverbreitete Misstrauen des Bürgers gegenüber einer zunehmend undurchschaubar werdenden Staatsmaschinerie mit der Parole ‚weniger Staat' zunutze zu machen und ihm auf demagogische Weise ‚mehr Freiheit'* von *den bedrohlich waltenden Sachzwängen zu versprechen: die reprivatisierte Sphäre des pervertierten Bourgeois – und des neu verstaatlichten Citoyen.*

Die nachstehenden Beiträge von O. Scheiben, R. Kuster *und* M. Peter, *orientieren sich in krass widersprechender Weise an den Fragestellungen von Poulantzas. Dass diese Beiträge die theoretischen Arbeiten von Poulatzas – unabhängig voneinander – zum Bezugspunkt haben, spricht für die Relevanz dieser analytischen Problemstellungen. Unseres Erachtes wird man im Kontext dieser Beiträge die spezifische Analyse der Schweizer Verhältnisse noch genauer ins Auge zu fassen haben.*

*